

Arbeitsbericht: Guerilla/Konterguerilla/Partisanen

A) „Guerilla“

Begriffe:

Befreiungsbewegungen: (Selbst-)Bezeichnung für Organisationen, welche die staatliche Unabhängigkeit eines kolonialisierten bzw. in anderer Form unter Fremdherrschaft stehenden Volkes oder Landes zumeist mit den Mitteln bewaffneten Kampfes (bekannteste Ausnahme: die indische Kongreßbewegung) anstreben. Ihrem Selbstverständnis nach handeln auch solche Gruppen als Befreiungsbewegungen, die sich nicht gegen Fremdherrschaft, sondern gegen einheimische Regime richten. Wissenschaftlich ist der Begriff Befreiungsbewegung problematisch wegen seiner positiv wertenden Einfärbung, die die Legitimität des Kampfes von vornherein unterstellt. Ob eine Befreiungsbewegung das klassische ius ad bellum tatsächlich zu Recht beansprucht, ist jedoch nur von Fall zu Fall entscheidbar. Die Zielsetzungen von Befreiungsbewegungen reichen von der Wiedererlangung verlorengegangener Eigenstaatlichkeit über den Anschluß von unter fremder Staatshoheit stehenden Volksteilen bis zur Neugründung eines Staates.

Ius ad bellum: Lateinisch für Recht zum Kriege, das im klassischen Völkerrecht als Ausdruck staatlicher Souveränität gewertet und damit als politisches Faktum hingenommen wurde. Das ius ad bellum wurde nach dem ersten Weltkrieg durch völkerrechtliche Kriegsverbote ersetzt (zurecht in der Satzung des Völkerbundes, umfassender im Briand-Kellogg-Pakt von 1928), welche in Art. 2 §4 der UN-Charta zu einem umfassenden Gewaltverbot weiterentwickelt wurden.

Regime: 1. Im dt. Sprachgebrauch ist die Bezeichnung Regime lange Zeit mit abwertendem Beiklang, im Speziellen einer demokratisch defizitären bzw. diktatorischen Regierungsform, verwandelt worden.

2. Unter Regimewechsel bzw. Systemwechsel versteht die vergleichende Systemlehre den Wechsel zwischen demokratischer und autoritärer Regierungsform. Bezog sich dies zwischen den Weltkriegen auf den Wechsel von Demokratien zu autoritären Regimen bzw. Diktaturen, so geht es seit den 70er Jahren um die Transformationsprozesse vormals

autoritärer bzw. diktatorischer Regime (Lateinamerika, Südeuropa, Osteuropa; aber auch Asien und Afrika) zu demokratischen politischen Systemen.

3. Internationale Regime¹

Definition Guerilla

- Der Begriff *Guerilla*, und davon abgeleitet Guerillakrieg, stammt aus dem Spanischen und bedeuten Kleinkrieg beziehungsweise Kriegsführung mit kleinen Truppenverbänden.

Zum ersten Mal wurde der Begriff Guerilla im 19. Jh. während des spanischen Widerstandes gegen Napoleon verwendet, und nach einer Welle von Guerillabewegungen in den 1960er Jahren in Lateinamerika, erreichte dieser Begriff europaweit Bekanntheit. In Deutschland blieben jedoch weiterhin die Begriffe: „Partisanen“ und „Partisanenkrieg“ sprachbestimmend. In der Forschungsliteratur werden Guerilla und Partisan weitestgehend als Synonyme verwendet.

Im 19Jh. war das traditionelle Ziel des Guerillakrieges die nationale Unabhängigkeit; im 20Jh. traten soziale und wirtschaftliche Gründe in den Vordergrund.

- Beim Guerillakrieg handelt es sich um eine "Waffe des Schwachen" gegen einen überlegenen Gegner, die hauptsächlich daraus besteht sich nicht als Soldat (Guerillero) zu erkennen zu geben, um eine direkte Konfrontation mit dem Gegner zu vermeiden. Als Guerillataktik beschreibt man indirekte Angriffe bei denen der Feind in Hinterhalte gelockt wird. Die Strategie der Guerillas wird mit Blick auf Kriegskonventionen und das geltende Kriegsrecht als unkonventionelle Kriegsführung bezeichnet.² Kennzeichnend für den Guerillakrieg ist v.a. der für die Erfolgchancen ausschlaggebende Versuch, die Unterstützung der Zivilbevölkerung zu gewinnen, sowie das Bemühen, durch Beweglichkeit und Ausnutzung von Überraschungseffekten das (meist gegebene) militärische Übergewicht der Gegenseite auszugleichen.
- In Bezug auf die Kriterien des IV Hager Abkommen von 1907 werden dem Terroristen und Guerillakämpfer der Status des Kombattanten aberkannt:

Article 1: The laws, rights, and duties of war apply not only to armies, but also to militia and volunteer corps fulfilling the following conditions:

¹ Holtmann, Everhard (Hrsg.), Politiklexikon, 3. Auflage, Oldenbourg 2000.

² Wikipedia, Die freie Enzyklopedie, 2003

- *To be commanded by a person responsible for his subordinates;*
- *To have a fixed distinctive emblem recognizable at a distance;*
- *To carry arms openly; and*
- *To conduct their operations in accordance with the laws and customs of war...*

In den *General Orders No. 100* von 1863 wurde Guerillakämpfern das Kriegsrecht aberkannt. Dies kam einem Todesurteil gleich, da die Kämpfer als Zivilisten des Mordes angeklagt und in der Regel zum Tode verurteilt wurden.

Strategie der Guerilla

Eine der Hauptstrategien des Guerillakrieges ist die Tarnung. Man kann drei verschiedene Arten von Tarnung unterscheiden:

1. Guerillas, die aufgrund ihrer Kampfstrategie nicht als Kombattanten erkennbar sind.
2. Guerillas die als Zivilisten getarnt ihre Angriffe verüben.
3. Guerillas, die nach ihrem Angriff die Uniform niederlegen und die Identität eines Zivilisten annehmen.

Das militärische Ziel der Guerillas ist das Errichten von „befreiten Gebieten“, die sich dem Machteinfluss des Feindes entziehen, das Errichten von Gegeninstitutionen und letztlich auch reguläre Streitkräfte zu begründen. All das ist nur im ländlichen Bereich möglich, im Dschungel im Gebirge oder anderen schwer zugänglichen Gebieten.³

Die „befreiten Territorien“ dienen den Rebellen als Rückzugs-, Schutz- und Aufmarschraumesowie als Reservoir zur Anhänger- und Kämpferrekrutierung. Die politische und soziale Umgestaltung der „befreiten Gebiete“ durch die Guerilla soll ihnen den Charakter einer „Gegenstaatlichkeit“ und „Gegengesellschaft“ verleihen, die den Alleinvertretungsanspruch des herrschenden Regimes in Frage stellt.⁴

Terrorismus vs. Guerillakrieg

³ Walter Laqueur, Die globale Bedrohung, Hamburg, 1998

⁴ Alex Folscheid, EIKon, Saarbruecken, 2001

Bruce Hoffman unternimmt in seinem Werk „Terrorismus – der unerklärte Krieg“ einen Versuch Terrorismus zu definieren und bemerkt, dass Guerillakrieg einen guten Ausgangspunkt darstellt, da Guerillas oft die gleichen Taktiken um der gleichen Ziele willen wie die Terroristen anwenden und dass beide weder Uniformen noch Identifikationszeichen tragen und daher oft nicht von Nicht-Kombattanten zu unterscheiden sind. Doch hebt er hervor, dass dennoch fundamentale Unterschiede bestehen.

Terroristische Mittel zeichnen sich dadurch aus, dass sie einen allgemeinen Zustand der Angst, Nervosität und Hysterie hervorrufen.

Der Unterschied zwischen dem Soldaten und Guerillakämpfer gegenüber dem Terroristen liegt in der Art und Weise wie sie ihr Ziel erreichen wollen. So besteht die Strategie des Terrorismus darin, dass:

„...die Gemeinschaft der Angegriffenen dazu verleitet wird, anstelle der Terroristen das zu tun, was diese selbst aufgrund ihrer Schwäche nicht erreichen können.“

Währenddem die reguläre Armee und die Guerilla versuchen aktiv ein herrschendes System zu stürzen und die Terrorisierung der Zivilbevölkerung im Rahmen einer militärischen Strategie verfolgt wird.

Nach *Wördemann* sind die Terroristen demnach auf eine Besetzung des Denkens aus, währenddem die Armee und Guerilla auf eine Besetzung des Raumes ausgerichtet ist. Das Handeln der Terroristen richtet sich nicht nach einer militärischen, sondern nach einer psychologischen Strategie.

Der Terrorist unterscheidet sich also vom Guerillakämpfer dadurch,

- dass seine Handlungen in keinem direkten Verhältnis zu den erklärten Zielen stehen, für die er kämpft. Das Ziel einer Guerillabewegung ist es, ein bestehendes Herrschaftssystem zu stürzen, und die Guerillastrategie liefert die entsprechende Taktik um das Ziel zu erreichen. So ist die politische Mobilisation der Bevölkerung für die eigenen Ziele elementarer Bestandteil der Guerilla-Kriegsführung. Eine zumindest passive Unterstützung (das Schweigen des Umfeldes) durch die Bevölkerung ist Voraussetzung für den Erfolg der Guerilla-Taktik.

Die Strategie des Terroristen besteht jedoch darin, durch Druck auf eine Gruppe von Menschen diese dazu zu veranlassen die erwünschten Ziele durchzusetzen.

Daher orientiert sich das Handeln des Terroristen nicht nach seinen Zielen sondern nach der erwünschten Wirkung auf die Bevölkerung.⁵

⁵ Alex Folscheid, EIKon, Saarbruecken, 2001

- weiters, dass das Ziel der Aktionen des Terrorismus die Verunsicherung und Destabilisierung des gesamten Staatssystems mit all seinen es tragenden Strukturen ist. Die Gewaltaktionen richten sich gegen Objekte und Personen mit symbolischer Bedeutung, auf Personen des öffentlichen Lebens und Vertreter des „kapitalistischen Ausbeutung“, auf Institutionen der Regierung und der Wirtschaft. Jedoch unterscheiden sie in ihrem Kampf nicht zwischen Kombattanten und Nicht-Kombattanten, zivile Ziele werden bewusst anvisiert zur Schaffung eines Klimas allgemeiner Verunsicherung, um die Machtlosigkeit des Staates zu demonstrieren, während im Guerillakampf Gegenangriffe die eigentliche Gefahr für die zivile Bevölkerung darstellen.
- Durch diese Taktik ergibt sich auch der wichtige Indikator des Terrorismus im Gegensatz zur Guerillabewegung, nämlich die fehlende Unterstützung der Bevölkerung. So erhält sich auch sein Kleingruppencharakter, beschrieben durch ein dezentrales Netzwerk von kleinen Kommandozellen, mit einem hohen Maß an konspirativer Geheimhaltung und Eigeninitiative.

Die neue Kriegsführung bedient sich der Guerillastrategie

Mary Kaldor hinterfragt den Wandel des Modus der Kriegsführung und bezieht sich hier auf den Guerillakampf, wie den Anti-Guerillakampf. Sie meint, dass sich trotz der immer noch existierenden konventionellen Ziele, nämlich die Eroberung von Territorien (zur politischen Kontrolle der Bevölkerung), ein Wandel ergeben hat. Mao's und Che's Guerillataktik ließ sich durch ein Erobern der „Herzen und Köpfe“ der Menschen beschreiben, heute hingegen beschreibt sich die Taktik durch Destabilisierungstechniken durch „Furcht und Hass“. (durch Massenmorde, Zwangsumsiedelungen, politische, psychologische und ökonomische Einschüchterungstechniken zur Massenvertreibung – was auch den dramatischen Anstieg von Flüchtlingswellen erklärt). Die Autorin zieht Vergleiche zur allgemeinen neuen Kriegsführung und meint, dass sie sich der Guerilla- bzw. Anti-Guerillastrategie bediene durch:

- die Vermeidung des frontalen Zusammentreffens, was das Hauptaugenmerk des Revolutionskampfes darstellte
- territoriale Gewinne durch politische Kontrolle der Bevölkerung. Hier bedient sich die neue Kriegsführung der Anti-Guerillastrategie, nämlich durch die Vertreibung weiter Bevölkerungskreise (systematische Ermordung aller mit einem anderen „Etikett“, also einer anderen Idee, ethnische Säuberung und Unbewohnbarmachen großer Gebiete)

Im Gegensatz zu dem Begriff „Terrorismus“, der heute sehr umstritten und subjektiv ist (was für den einen ein Terrorist ist, ist für den anderen Freiheitsheld⁶) hat der Begriff „Guerilla“ heute

⁶ Walter Laqueur: „Terroristen“ oder „Militante“, <http://www.nzz.ch/dossiers/2003/terrorismus/2003.10.13-al-article95AH6.html> (08.11.2003)

prinzipiell eine positive Konnotation; es gibt „Guerillatheater“ und auch für Marketingzwecke wird der Begriff eingesetzt.

Fallbeispiele

1. Peru – Sendero Luminoso (leuchtender Pfad)

Die Sendero Luminoso ist eine Guerillaorganisation der PCP (Partido Comunista del Peru) und trat erstmal 1980 mit Sabotageakten in Erscheinung. Der Grundstein für die Auseinandersetzungen ist im Jahre 1970 zu finden, als die maoistische Gruppierung Sendero Luminoso auf das Department Ayacucho stieß. Aufgrund der landschaftlichen Bedingungen ist es in diesem Gebiet nur schwer möglich Landwirtschaft zu betreiben. Schulen, Ärzte und Verkehrsverbindungen sind hier Mangelware. Die 1969 von der Regierung durchgeführte Agrarreform half nichts, da die reiche, weiße Oberschicht ihre Privilegien für sich behalten wollte.

Anfangs bestand die Bewegung hauptsächlich aus Studenten der Universität von Ayacucho, allerdings vergrößerte sich der Mitgliederstand stetig und die Akzeptanz in der Bevölkerung wuchs.

Die Konfliktparteien und ihre Ziele:

a) Regierung Perus:

- Verwirklichung der parlamentarischen Demokratie
- Kampf gegen den Terrorismus durch staatlichen Gegenterror

b) Sendero Luminoso (PCP)

- Verbesserung der Lebensbedingungen in Ayacucho
- Parlamentarische Demokratie ist für sie eine Fortsetzung der Militärdiktatur mit anderen Mitteln
- Endziel: Entlarvung, Destabilisierung und Zerstörung des politischen und gesellschaftlichen Systems

c) MRTA (Movimiento Revolucionario Tupac Amaru, Revolutionäre Bewegung Tupac Amaru)

- linksgerichtet und kubatreu
- seit 1984 in Lima aktiv

- Forderungen: politischer Ausgleich und Partizipation der unterprivilegierten Bevölkerungsschichten
- Ziele: Nationalisierung ausländischer Konzerne, Lohnerhöhungen, Subventionen für Nahrungsmittel, Freilassung von politischen Gefangenen

Wichtige Stationen im Verlauf des Konfliktes

- 18. Mai 1980 – Wahlen – Ende der linksnationalistischen Militärherrschaft – Beginn der Demokratisierung
- Mai 1980 bis Dezember 1991 – ca. 300 Aktionen der Sendero Luminoso, u.a. Dorfbesetzungen und öffentliche Exekution linksorientierter Politiker
- Ende 1981 - Stationierung von Militär und Verhängung des Notstandsrechts über das Departement
- 30. Mai 1982 – Regierung erklärt den landesweiten Ausnahmezustand
- Ab 1983 - Sendero-Kommandos gehen dazu über, abgelegene Dörfer militärisch einzunehmen und zu "befreiten" Gebieten zu erklären.
- 1985 – Ausdehnung der Aktionen auf die Hauptstadt – Anschläge auf die Stromversorgung, auf Banken, auf die Polizei
- 18. Juni 1986 - Meuterei im Lurigancho-Gefängnis von Lima, der Frauenstrafanstalt sowie der Gefängnisinsel El Frontón in Callao.
- Juni 1990 – Wahl des liberalen Alberto Kenya Fujimori zum Staatspräsidenten
- 1992 – Verhaftung der Anführer von Tupac Amaru und des Leuchtenden Pfades, Victor Polay Campos und Abimael Guzman. Sie werden am 10. August 1995 vor einem Militärgericht zu lebenslanger Haft verurteilt.
- 1992 – Amnestieangebot der Regierung – 2 Jahre später liefern 6400 Rebellen ihre Waffen ab
- Dezember 1994 – Neuformierung der Übrigen Rebellen
- 17. Dezember 1996 – Geiselnahme in der japanischen Botschaft in Lima – 400 Diplomaten, Geschäftsleute usw. werden gefangen genommen
- 14. Juni 1999 – Verhaftung von Óscar Ramírez Durand, dem Kopf der Sendero Luminoso – damit wurde der letzte ideologische Führer der Senderistas entfernt

Folgen und Auswirkungen des Konfliktes:

Die Zahl der Todesopfer dürfte sich auf ca. 30.000 belaufen (die Angaben reichen von 25.000 – 30.000). Weitere Konsequenz des Konfliktes war ein gewaltiger Flüchtlingsstrom in Peru gewesen, im Jahre 1995 gab es mehr als 480.000 Binnenflüchtlinge in Peru.

Die Regierung Fujimori hat zu verantworten, dass 1996 eine Arbeitslosenquote von 60% gezählt werden konnte, sowie die Ausdehnung der Armut auf viele Millionen Peruaner. Diese wirtschaftlichen und sozialen Defizite gilt es langsam aufzuholen. Ein weiterer Punkt der angegangen werden muss, ist die reale Demokratisierung des Landes sowie die Wahrung der Menschenrechte.

2. Die Philippinen

Bei der Betrachtung der Philippinen unter dem Gesichtspunkt Guerilla ist es sinnvoll drei Haupt-Gruppen zu charakterisieren: Die New People's Army (eine kommunistische Guerilla), die Abu Sayyaf (eine islamistische Terrorgruppe) und die MILF (Die Moro-Islamic-Liberation Front). Daneben existierten auch noch die MNLF (die Moro National Liberation Front) sowie die NDF (die National Democratic Front). Die beiden letztgenannten sind mittlerweile nicht mehr existent oder aktuell nicht mehr nennenswert, sie sind aber ein Teil der Entstehungsgeschichte der anderen 3 Gruppen.

Die New People's Army (NPA)

1969 entstand die NPA – die New People's Army, als bewaffneter Arm der kommunistischen Partei (CPP). Das Ziel der CCP/NPA war und ist der Sturz der Regierung der Philippinen, der Aufbau einer sozialistischen Gesellschaftsordnung und die gerechtere Verteilung von Grund und Boden.

Dazu versuchte sie eigenes Territorium zu kontrollieren, um darin eine eigene Staatlichkeit aufzubauen. Dank der großen Unterstützung seitens der unterdrückten Landbevölkerung entwickelte sich die NPA alsbald zu einer bedeutenden militärischen Kraft. 1984 war die Guerilla bereits in 60 von 73 philippinischen Provinzen aktiv. Auf dem Höhepunkt ihrer Wirksamkeit 1987 zählte sie bis zu 25.000 KämpferInnen. Strategisch beschränkte sich die dezentral gesteuerte Guerilla auf den Einsatz gegen kleinere militärische Einheiten und die Entsendung lokaler Killerkommandos. Im Verlauf der Jahre verringerte sich ihre Stärke bis 1997 auf 7.500 KämpferInnen, womit sie sich auf Entführung hoher Militär- und Regierungsangehöriger spezialisierte. Diese versucht sie als Druckmittel gegen die Regierung und zur Durchsetzung ihrer Ziele zu gebrauchen. Die Entführung von Zivilisten und Nicht-Regierungsvertretern zählt nicht zu ihren Aktionsformen.

Immer wieder wurden Friedensverhandlungen geführt; sie scheiterten jedoch alle vor allem am Streit um die Anerkennung der NPA als **Kriegführende Partei im Sinne des Völkerrechts**, was der Philippinische Staat stets verweigerte. Wie bereits in der Definition erwähnt, wurde Guerillakämpfern schon 1863 in den General Orders das Kriegsrecht oder auch 1907 im IV. Hager Abkommen der Status des Kombattanten aberkannt. Hätte der philippinische Staat die NPA als kriegsführende Partei anerkannt, wäre dies eine Legitimation der Guerilla gewesen und er hätte dadurch die Möglichkeiten der legitimen Repression gegen diese Gruppe selbst eingeschränkt. Die Problematik „der Anerkennung als Kriegspartei“ ist ein zentraler Problempunkt im gesamten Diskurs zur Thematik „Guerilla“.

Die Abu Sayyaf

In den 70ern formierte sich mit der MNLF (Moro-National-Liberation-Front) eine Guerilla-Armee, die mit der kommunistischen Guerilla ein zumindest freundschaftliches Verhältnis hatte. Unter der Bezeichnung Moro werden die ca. 5% islamische Bevölkerung zusammengefasst, die vor allem im südlichen Teil der Philippinen leben, speziell auf der Insel Mindanao. 1991 spalteten sich die heutigen Kämpfer der Abu Sayyaf von der MNLF ab.

Die Abu-Sayyaf, die im Jahr 2000 durch die Entführung westlicher Touristen auf der Insel Jolo bekannt wurde, ist als islamistische Terrorgruppe einzustufen. Ihr Ziel ist die Errichtung eines islamischen Gottesstaates auf Mindanao, einschließlich der Vertreibung von Christen und anderen Andersgläubigen. Sie fordert unter anderem die Freilassung des wegen des Anschlags auf das World Trade Center 1993 in den USA inhaftierten islamischen Extremisten Ramzi Yousef. Sie finanziert sich über Entführungen vor allem westlicher und christlicher Personen. Die Ziele ihrer Anschläge sind vor allem christliche Einrichtungen, so zum Beispiel eine römisch-katholische Kathedrale 1993. 1995 attackierten sie die christliche Stadt Ipil auf Mindanao, und erschossen 53 Soldaten und Zivilisten(übersetzt aus: http://www.ict.org.il/inter_ter/orgdet.cfm?orgid=3, 13.11.2003).

Die Abu Sayyaf zielt mehr auf die Terrorisierung der andersgläubigen Zivilbevölkerung ab, als auf die Auseinandersetzung mit dem Philippinischen Staat. Die Abu Sayyaf verfolgt somit keine „klassische“ Guerilla-Taktik. Sie zielt nicht darauf ab, den Philippinischen Staat durch gezielte Aktionen zu schwächen, sondern eher, einen psychologischen, religiösen Krieg

gegen Andersgläubige zu führen. Diese Gruppe darf somit nicht als Guerilla bezeichnet werden.

Die Moro-islamische Befreiungsfront (MILF)

Als 4. Gruppe muss die MILF (Moro-Islamic-Liberation-Front) genannt werden. Als sich die Führung der - erstgenannten - MNLF 1996 auf einen Handel mit der Regierung in Manila einließ, liefen ihre Anhänger und Kämpfer zur Konkurrenz, nämlich zur MILF (Moro-Islamic-Liberation-Front) über, die heute als mit Abstand stärkste Widerstandskraft gilt. Sie wurde 1977 gegründet und lehnt die Entführung von Zivilisten ab. „In einem Interview mit einem philippinischen Fernsehsender beteuerte der MILF_Militärstratege Mohammad Murad darüber hinaus, daß die Rebellen ausschließlich Einrichtungen des philippinischen Militärs angreifen würden. Demgegenüber schließe das Ziel Abu Sayyafs, einen islamischen Staat auf Mindanao zu errichten, die Vertreibung der christlichen Bevölkerung mit ein“ (<http://www.kpoenet.at/vs/0110.html>, 16.11.2003). Durch die weltweite Aufmerksamkeit auf die Abu Sayyaf, nach der Geiselnahme auf Jolo, legitimieren sowohl die philippinisch Armee als auch das US-Militär ihre Truppeneinsätze im Süden der Philippinen. Die Hauptanstrengungen dieser Einsätze richten sich jedoch vorwiegend gegen dort agierende Guerilla-Truppen, wie eben die MILF. Unter dem Deckmantel der Terrorbekämpfung geht auch der Krieg gegen die MILF und damit das Vertreibungsschicksal von vielen Tausenden EinwohnerInnen weiter.

Abschließend ist zu sagen, dass von den Institutionen, die an den Hebeln der Macht sitzen, eine genaue Begriffsdefinition und –verwendung vermieden wird und dies wohl auch aus politischen Interessen. So dient der Anti-Terror-Kampf als Deckmantel für Angriffe gegen alle widerständischen Gruppen, ebenso wie die inflationäre Verwendung des Begriffs Guerilla, z.B. auf die Abu Sayyaf angewendet, eine Verwischung der Grenzen zwischen den Gruppen mit sich bringt und eine Diskreditierung aller momentan herrschaftskritischen Gruppen ermöglicht.

In der Recherche zur MILF haben sich zu wenig Detail-Informationen ergeben, die ein abschließendes Urteil darüber erlauben würden, ob die MILF als Guerilla bezeichnet werden kann. Ihre Vorgehensweise, wie auch ein gewisses para-staatliches Verhalten in ihren Gebieten ließen diesen Schluss zu, ungenaue Informationsquellen und geringe wissenschaftliche Ausarbeitungen ermöglichen aber keine „endgültige Bestätigung“.

Quellen zu Philippinen:

http://www.sozialwiss.uni-hamburg.de/publish/lpw/Akuf/kriege/109_philippinen.htm

<http://www.fas.org/irp/world/para/milf.htm>

http://www.ict.org.il/inter_ter/orgdet.cfm?orgid=3

<http://www.kpoenet.at/vs/0110.html>

<http://www.sozialismus-jetzt.de/linx-02-09/philippinen.htm>

3. Irak

Aktualität erfährt der Guerilla-Krieg derzeit im Irak. Der Irakkonflikt nimmt mehr und mehr die Gestalt eines charakteristischen Guerilla-Krieges an.

Der anhaltende Widerstand gegen die US-Besatzung organisiert sich zunehmend nach klassischer Guerilla-Art. Auf regionaler Basis bilden die Widerstandskämpfer autonome Zellen und führen einen dezentralen Feldzug gegen die US-Militärs. Mit gezielten Angriffen aus dem Hinterhalt zermürben diese kleinen Kampftruppen ihre eigentlich militärisch überlegene Besatzungsmacht. Diese nehmen regelmäßig Militärkonvois der US-Armee unter Beschuss, feuern Luftabwehrraketen auf Transportflugzeuge und Militärhelikopter, verüben Bombenanschläge. Pro Tag finden bis zu 25 Angriffe statt.

Seit dem am 1. Mai verkündeten Ende der Kampfhandlungen sind bei feindlichen Übergriffen hunderte US-Soldaten getötet worden. Die Kampfmoral der US-Soldaten sinkt zunehmend.

Als Reaktion auf den anhaltenden Widerstand im Irak haben die USA ihre Angriffe auf vermutete Widerstandsnester forciert. Die USA wollen die Guerillas mittels der Militäroperation „Eiserner Hammer“ zerschlagen. US-Truppen greifen Gebäude der früheren republikanischen Garde an, wo sie militante Gegner vermuten. Bei Razzien in Saddams Heimatstadt Tikrit und in Mossul nahmen US-Truppen Dutzende mutmaßliche Guerillakämpfer gefangen. Die Angriffe der US-Armee waren Teil der seit Mitte der Woche dauernden Operation "Eiserner Hammer".

Chronologie der schwersten Angriffe:

Seit dem von den USA verkündeten Ende der Hauptkampfhandlungen am 1. Mai sterben im Irak fast täglich Soldaten und Zivilisten bei Anschlägen. Im Folgenden ein Überblick über die schwersten Anschläge und Angriffe:

24. Juni: Sechs britische Soldaten werden im schiitischen Süden des Landes getötet, nachdem sie Häuser mit Hunden durchsucht hatten.
30. Juni: Bei drei Explosionen in der westlich von Bagdad gelegenen Stadt Falluja sterben sechs Theologiestudenten und ein Imam, 15 weitere Menschen werden verletzt.
5. Juli: Bei der Detonation eines Sprengsatzes im zentralirakischen Ramadi sterben sieben Iraker, 40 weitere werden verletzt.
7. August: Bei der Explosion einer Autobombe vor der jordanischen Botschaft in Bagdad kommen mindestens 14 Menschen ums Leben, mehr als 50 werden verletzt.
19. August: Bei einem Autobombenanschlag auf das UNO-Gebäude in Bagdad werden 22 Menschen getötet, unter ihnen der UNO-Sonderbeauftragte für den Irak, Sergio Vieira de Mello.
29. August: Bei einem Anschlag auf die Imam-Ali-Moschee in Najaf werden 83 Menschen getötet, unter ihnen der Schiitenführer Ayatollah Mohammed Bakr al Hakim. Mehr als 120 Menschen werden verletzt.
20. September: Die irakische Politikerin Akila el Hashimi, Mitglied des irakischen Regierungsrates, wird in Bagdad niedergeschossen und stirbt fünf Tage später.
25. September: Ein Artilleriegeschoss tötet in Baakuba acht Zivilisten.
9. Oktober: Bei einem Autobombenanschlag auf eine Polizeiwache in Bagdad kommen neun Menschen ums Leben. Ein spanischer Geheimdienstoffizier wird ermordet.
12. Oktober: Vor dem Hotel Bagdad im Zentrum der Hauptstadt reißt ein Selbstmordattentäter mit einer Autobombe sieben Menschen mit in den Tod.
26. Oktober: US-Vizeverteidigungsminister Paul Wolfowitz entgeht einem Raketenangriff auf das Hotel Rashid in Bagdad, bei dem ein US-Soldat getötet wird.
27. Oktober: Bei einer Serie von Anschlägen auf vier Polizeistationen und den Sitz des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz in Bagdad sterben 43 Menschen, rund 200 weitere werden verletzt.
28. Oktober: Eine Autobombe reißt in Falluja sieben Menschen in den Tod, unter ihnen irakische Schüler.
2. November: Beim bisher schwersten Angriff auf die US-Truppen seit dem Sturz Saddam Husseins kommen beim Abschuss eines US-Transporthubschraubers nahe Falluja 16 US-Soldaten ums Leben.
7. November: Beim Abschuss eines US-Hubschraubers in Tikrit sterben sechs US-Soldaten.
12. November: Bei einem Anschlag auf einen Stützpunkt italienischer Polizeitruppen in der südlichen Stadt Nassiriyah kommen mindestens 14 Italiener und acht Iraker ums Leben.

Quellen:

<http://derstandard.at> (15.November 2003)

<http://derstandard.at/archiv> (11. November 2003)

<http://www.jungewelt.de> (11. November 2003)

<http://www.tagesschau.de/aktuell/meldungen> (15. November 2003)

B) Konterguerilla/Counter Guerilla

1. Begriffsklärung(en)

Begriffliche Abgrenzung zu *Counter-Insurgency*, *Counter Rebellion* usw. nicht eindeutig auszumachen, Termini werden – je nach Literatur – teilweise synonymisch verwendet. Die jeweiligen Definitionen variieren je nach Standpunkt ebenfalls stark.

- Als *Counter Guerilla/Counter-Insurgency* wird generell eine gegenrevolutionäre bzw. Revolutionsvermeidungsstrategie bezeichnet, und auch die Gesamtheit aller militärischen, paramilitärischen, politischen, wirtschaftlichen, psychologischen und **Civic Action-Maßnahmen**, die vom Staat ergriffen werden, um Revolten vorzubeugen. Es handelt sich um eine von den USA vor allem in der westlichen Hemisphäre (Lateinamerika) nach der erfolgreichen kubanischen Revolution verfolgte Strategie der vorbeugenden Bekämpfung revolutionärer Veränderungen kommunistischer oder angeblich kommunistischer Inspiration. Dabei kommen sehr unterschiedliche Maßnahmen zur Durchsetzung: Diese reichen von sozialwissenschaftlichen Untersuchungen über Vermeidungsmöglichkeiten revolutionärer Veränderungen (bekanntestes Beispiel: **Projekt Camelot 1965 in Santiago de Chile, aufgedeckt von Johan Galtung**), Wirtschaftshilfe, Militärhilfe (Ausbildung von lateinamerikanischen Militärs in Anti-Guerilla-Programmen, Bereitstellung von spezifischen Ausrüstungen für den Anti-Guerilla-Kampf, Finanzierungshilfen für *Civic-Action-Programme*).
- Als *Counter-Insurgency* werden in einer anderen Definition technisch und zahlenmäßig den Guerillabewegungen zumeist überlegene staatliche Militärapparate definiert, deren Übermacht zu einer Entwicklung hin zur Stadt-Guerilla führte, die auf die Revolutionsbereitschaft der urbanen Unterschichten setzten.
- Unter **Civic Action-Maßnahmen** versteht man den Einsatz von Spezialeinheiten der Streitkräfte eines Landes (zunächst in Lateinamerika), für Entwicklungsvorhaben vor allem im Bereich der Infrastruktur. Derartige Maßnahmen beinhalten eine Umorientierung der Aufgabenteilung der Militärs, deren Ursprung in der Absicht lag, revolutionären Guerilla-Strategien zu begegnen bzw. ihnen zuvorzukommen und

sich bei der Bevölkerung beliebt zu machen. Insofern ordneten sich C.A.-Programme in die von den USA den lateinamerikanischen Militärs verschriebene und finanzierte Counter-Insurgency-Strategie ein. Andererseits begünstigten sie das Entstehen eines neuen Selbstverständnisses der Militärs als entwicklungspolitische Elite, welches ihre Bereitschaft erhöhte, die politische Macht zu übernehmen und sie langfristiger als in der Vergangenheit den zivilen politischen Eliten streitig zu machen, teilweise in der Absicht, Entwicklungsprogramme durchzusetzen.)

2. Geschichtlicher Hintergrund/Entwicklung

- Indem der „Kalte Krieg“ die bis dahin immer auch militärisch ausagierte multipolare Konkurrenz einzelner Nationalstaaten der im Weltmaßstab ausgetragenen Konkurrenz eines US-amerikanisch und eines sowjetisch dominierten Staatenblocks unterordnete, konnte schon er nur noch bedingt als klassischer imperialistischer Krieg analysiert werden. Schon in der Blockkonfrontation waren zwischenstaatliche Kriege sowohl innerhalb wie zwischen den Blöcken de facto unmöglich geworden und auf Staaten beschränkt, die keinem der beiden Blöcke angehörten. Gegenstand der Konkurrenz waren weniger nationalstaatliche Einflusszonen bzw. Besatzungs-, Kolonisierungs- und Expansionsbestrebungen als vielmehr die in den beiden Blöcken herrschenden Systeme gesellschaftlicher Reproduktion, die als monopolkapitalistische pax americana bzw. staatssozialistische pax sovietica zugleich Friedens- und Kriegsordnungen waren.

Sofern es sich nicht um späte Kolonialkonflikte handelte, wurden bewaffnete Konflikte in dieser Zeit um die (Re-)Integration bzw. Expansion der beiden Blöcke geführt, als Kriege nach innen (Ungarn 1956, CSSR 1968, diverse US-Interventionen v.a. in Lateinamerika) oder als maßgeblich von anti- oder postkolonialistischen Guerillabewegungen geführte „Stellvertreterkriege“. Funktionalisierte der sowjetisch dominierte Block die Guerilla, stützte sich der Westen auf die von ihr bekämpften kolonialen und postkolonialen Diktaturen und eine oft **aus Söldnern zusammengesetzte Konterguerilla**.

Doch obwohl Guerilla wie Konterguerilla sowie die von den einen wie den anderen etablierten Regime strukturell von der Alimentierung durch die hinter ihnen stehenden Blöcke abhängig waren, gingen die von ihnen geführten Kriege in ihrer Funktionalität für die Blockkonfrontation nicht auf. Wo immer die von der Guerilla militärisch zugespitzten Revolten bzw. die aus solchen Revolten hervorgegangenen Regierungen über ihre Instrumentalisierung hinaustrieben, öffneten sich Möglichkeiten der Bildung eines sich von der Logik der Systemkonkurrenz

befreienden „Dritten Blocks“. Dies galt natürlich auch im Innern der jeweiligen Blöcke, in denen der „Kalte Krieg“ zur Verfestigung der ideologischen Hegemonie und der Reintegration oppositioneller Milieus in das jeweilige System benutzt wurde. Darin waren auch die Klassenkompromisse begründet, die im Westen die Voraussetzung des momentan rasant liquidierten Sozialstaats bildeten.

Da es sich bei der Guerilla um eine irreguläre Kriegführung handelt, bei der zwischen Kombattanten und Zivilbevölkerung nicht klar unterschieden werden kann, besteht immer die Tendenz, alle diejenigen, die sich im Einflussbereich der Guerilla befunden haben, des Parteigängertums und potentiell der aktiven Unterstützung der Guerilla zu verdächtigen. Der Antiguerillakampf ist ein grausames Verfahren. Wer einen Guerillakrieg beginnt, muss nach den vorliegenden Erfahrungen damit rechnen, dass etwa zehn bis zwanzig Prozent der Bevölkerung im Laufe der Kriegshandlungen getötet werden. Bei diesen Kämpfen sind Kriegsverbrechen an der Tagesordnung – und zwar auf allen Seiten.

- Als die westlichen Staaten in den neunziger Jahren daran gingen, ihre militärischen Interventionen mit dem Verweis auf Menschenrechte zu legitimieren, mussten sie darauf achten, dass ihre regulären Armeen nicht selbst die Menschenrechte verletzen. Daher wurden für bestimmte Aufgaben private Militärunternehmen engagiert, wie zum Beispiel in Jugoslawien der Fall. Diese Vorgehensweise folgt der Strategie der low intensity warfare, die vom Pentagon nach der Niederlage in Vietnam für das Eingreifen in die Kriege Zentralamerikas in den achtziger Jahren entwickelt wurde. Statt eigene Truppen zu schicken, wurden nun paramilitärische **Counter Insurgency-Gruppen** wie die Contras in Nicaragua aufgerüstet. Einer ähnlichen Logik folgten Regierungen des Südens, als sie, wie in Kolumbien, im Zuge der Aufstandsbekämpfung als Gegengewicht zur Guerilla paramilitärische Gruppen schufen, um die reguläre Armee als neutrale Konfliktlösungsinstanz präsentieren zu können. In beiden Fällen öffnete sich ein weites Arbeitsfeld für Söldner. Ein letzter Faktor ist schließlich, dass private Militärunternehmen oft billiger und flexibler einsetzbar sind als reguläre Armeen. Das gilt für Kämpfer wie für Militärberater und Ausbilder.
- Bis in die frühen 90er Jahre hinein waren die Kriege in Afrika, Asien und Lateinamerika Teil der von der Drohung des Nuklearkriegs überschatteten Blockkonfrontation. Antikoloniale Befreiungsbewegungen kämpften um nationale Unabhängigkeit bzw. für den Sturz diktatorischer Regime. Um den Preis der

Einordnung in dessen machtpolitisches Kalkül wurden sie dabei durch den staatssozialistischen Block unterstützt. Um den sowjetischen Einfluss zu hemmen, rüsteten die westlichen Staaten die von den Befreiungsbewegungen bekämpften Diktaturen oder Organisationen der **Konterguerilla** auf. Solches geschah in Nicaragua nicht weniger als in Afghanistan. Eine dritte Position nahm damals noch die Bewegung der "blockfreien Länder" ein, in der Jugoslawien eine führende Rolle zukam. In allen diesen Konflikten war nie eindeutig auszumachen, in welchem Maß sie Befreiungskämpfe und in welchem Maß sie Stellvertreterkriege der Systemkonkurrenz waren. Das Ende der Blockkonfrontation wurde zunächst als Beginn einer Friedensepoche begrüßt: auf die heißen Kriege im kalten Krieg sollte der weltweite Sieg von Demokratie, Entwicklung und Zivilität folgen. Knappe zehn Jahre später ist von diesem Optimismus nichts geblieben.

C)Partisanen

Definition und Wortentstehung

Partisanen sind Personen, die außerhalb von militärischen Organisationen an bewaffneten Konflikten teilnehmen. In Österreich wurde bis in das 19. Jahrhundert (zum Beispiel bei der Besetzung von Bosnien und Herzegowina 1878) dafür die Bezeichnung "Insurgenten" verwendet. Der Partisanenkrieg gegen die deutsche Wehrmacht im 2. Weltkrieg griff 1944/45 von Jugoslawien auch auf Kärnten und die Südsteiermark über. Der Status von Kriegsgefangenen wird Partisanen erst seit dem Genfer Rotkreuz-Abkommen von 1949 international zugestanden, bis dahin wurden Partisanen bei Gefangennahme als Zivilpersonen behandelt und standrechtlich exekutiert.

Partisan ist ein aus dem Slawischen abgeleitetes Wort und bedeutet soviel wie „Parteinehmer“, Parteigänger, Anhänger. Die für ihn typische Kampfweise kannte man auch schon im Zeitalter Friedrichs des Großen (aus dem spanischen Erbfolgekrieg 1701 – 1713 und dem Siebenjährigen Krieg 1756 – 63). Er hat sich auch bereits gründlich damit befasst. Im Gegensatz zur damaligen strengen „Manövertaktik“ nannte man sie „Kleinkrieg“. Er war eine Spezialität der Panduren oder „Kroaten“, der Söldner vom Balkan in österreichischen und ungarischen Diensten. Auf dem Balkan, wo sich die Völker nur im Verborgenen gegen die Türken zur Wehr setzen konnten, liegt wohl auch der Ursprung des Kleinkrieges. Das „Haiduckentum“ geht weit in die Geschichte Bosniens und Serbiens zurück und bedeutet

Leben als Widerstandskämpfer in Wäldern „außerhalb von Recht und Gesetz“. Mit der französischen Revolution wurde er zeitweise zur vorherrschenden Form des revolutionären Krieges. Später (1808) kam er in Spanien und in Tirol (1809) zur Geltung, gegen das französische Heer Napoleons. Der spanische Begriff für Kleinkrieg, „Guerilla“ hat sich in unserer Zeit von Südamerika aus durchgesetzt.

Theoretisierungsversuche

Carl Schmitt war einer der ersten, die einen Theoretisierungsversuch der Gestalt des Partisanen unternommen hat. Er versucht zunächst den Partisanen historisch abzuleiten und sieht ihn in Verbindung mit der Entstehung moderner militärischer Organisationsformen, die sich aus den Kriegen der französischen Revolution entwickelten – v. a. mit der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, die jeden Krieg nun zu einem Volkskrieg macht. Der erste Partisanenkrieg ist der Krieg des spanischen Volkes gegen Napoleon 1808 -1813. 1809 versucht man auch in Österreich das spanische Vorbild nachzuahmen und in Tirol kam es zu einem wahren Guerilla-Volkskrieg, aus dem der nationale Held Andreas Hofer hervorgeht.

Ausgehend von diesen historischen Beispielen macht Schmitt den Partisanen an vier Merkmalen fest: An der Irregularität, der gesteigerten Mobilität, am gesteigerten politischen Engagement und am tellurischen Charakter.

- Irregularität bedeutet, der Partisan ist nicht Teil einer regulären Armee, trägt keine Uniform und trägt seine Waffe nicht offen zur Schau.
- Politisches Engagement meint den zutiefst politischen Charakter des Partisanen, der die Ideen und Ziele seiner Partei verteidigt und somit ein hoch motivierter Kämpfer ist.
- Mobilität bedeutet Beweglichkeit, Schnelligkeit und den überraschenden Wechsel von Angriff und Rückzug der Partisanen.
- Tellurischer Charakter heißt, dass der Partisane eng an den Boden, die Bevölkerung und an die Eigenheiten der Landschaft gebunden ist und diese zu seinen Ressourcen macht.

Schmitt zeichnet damit einen Idealtypus des Partisanen und sieht ihn – getreu seiner konservativen Einstellung – vor allem als Kämpfer gegen Veränderungen und für die Erhaltung der Traditionen und des Status Quo.

Herfried Münkler wiederum vertritt in seinem Aufsatz „Die Gestalt des Partisanen“ (in: Münkler 1990: 14-39) die These, dass der Begriff des Partisanen nicht eindeutig geklärt und definiert werden kann. Für ihn ist der Partisane ein Chamäleon: er ist gezwungen, sich

perfekt zu tarnen und seiner Umgebung anzupassen und er ist auch seinem Wesen nach ein Chamäleon, das die verschiedensten Erscheinungsformen und Ausprägungen annehmen kann.

Der Partisane kann sich dem Soldaten nähern, aber auch dem Terroristen. Er liegt zwischen der Regularität des Soldaten und der Irregularität des Terroristen, die zwei Idealtypen darstellen. Je stärker die Partisanen sind, desto größer wird ihre Regularität und je schwächer sie sind, desto größer wird ihre Irregularität. Aber der Partisan ist kein Idealtypus, er liegt nicht in der Mitte zwischen Soldat und Terrorist. Er besetzt vielmehr die ganze Palette an Möglichkeiten gewaltsamer Konfliktaustragung, die zwischen den beiden Idealtypen liegen. Das heißt, es kann unzählige Formen von Partisanen geben und der Begriff des Partisanen bleibt schwammig und unklar.

Schaut man sich weitere Theoretisierungsversuche an, so kann man feststellen, dass sich der chamäleonhafte Charakter des Partisanen bestätigt. Während Che Guevara und Mao Tse-tung etwa den Partisanen als transitorische Gestalt und den Partisanenkrieg als Zwischenstufe bei der Realisierung der Revolution sehen, also als Motor der gesellschaftlichen Veränderung, ist für Schmitt ein echte Partisan nur ein selbstbestimmter Verteidiger des Bodens und der ihm anhaftenden Traditionen und Lebensweisen. Es stehen sich also so konträre Figuren wie Che Guevara und Andreas Hofer gegenüber, die beide als Partisanen gelten. Der Partisane bezieht seine Identität also auch nicht aus einem bestimmten Charakteristikum seines Tuns, da dieses sowohl revolutionär als auch konterrevolutionär sein kann. Die Figur des Partisanen bleibt also weiter extrem widersprüchlich.

Ein Grund für diese Widersprüchlichkeit liegt – laut Münkler – in der Tatsache, dass der Partisane zwei Stränge der Kriegsgeschichte miteinander vereint - den militärischen und den politischen Strang - , dies aber nicht immer in gleichem Maße und in gleicher Weise tut. Beim militärischen Strang handelt es sich um den Partisanenkrieg als militärische Strategie, die seit den absolutistischen Heeren von den regulären Truppen als Strategie des kleinen Krieges neben dem großen Krieg angewendet wird und die andererseits von Seiten der Bevölkerung gegen plündernde Soldaten und zur Vertreibung fremder Besatzer eingesetzt wird.

Was den politischen Strang betrifft, so kämpfen Partisanen nicht für die Durchsetzung kurzfristiger Interessen, sondern für die Erreichung langfristiger Ziele. Sie kämpfen für Ideale, von denen sie absolut überzeugt sind: „Der Partisanenkrieg ist, politisch gesehen, Medium und Movens der Transformation in einem: Es beschleunigt den bezweckten Wandel und ist zugleich der Ort, wo sich dieser Wandel vollzieht.“ (ebenda: 29) Der Partisanenkrieg ist also Motor der Modernisierung und viele neue Staaten gingen aus Partisanenkriegen hervor (wie etwa die USA).

Ein Partisane ist also jemand, der bereit ist, für seine Ideale seine Annehmlichkeiten, seine Sicherheiten und sein Leben aufs Spiel zu setzen. Er ist somit das Gegenteil des schutzsuchenden Bürgers bei Hobbes, der sich unterwirft, um sein Leben und sein Eigentum zu schützen. Der Partisane ist bereit, in den Naturzustand, in den Krieg aller gegen alle zurückzukehren, um für ein besseres und gerechteres Leben zu kämpfen. Der Partisanenkrieg ist für ihn eine notwendige, aber vorübergehende Phase zur Erreichung eines großen Ziels.

Für den schutzsuchenden Bürger ist der Partisane ein Wahnsinniger und er versucht, ihn zu pathologisieren und zu marginalisieren. Somit ist der eigentliche Widerpart des Partisanen nicht der Soldat, gegen den er kämpft, sondern der Bürger: „Soldaten und Partisanen bekämpfen einander, Bürger und Partisanen dagegen hassen sich.“ (ebenda: 33)

Je nachdem, wie und in welcher Intensität sich also der militärische und der politische Strang miteinander verbinden, entsteht eine Vielzahl an unterschiedlichen Formen und Ausprägungen von Partisanen.

Es gibt keinen Idealtypus und keine fixen Merkmale, an denen ein Partisane eindeutig festgemacht werden kann. Der Partisane bleibt eine äußerst vergängliche und verschwommene Gestalt. Er bleibt – wie Münkler sagt – ein Chamäleon.

Die völkerrechtliche Lage

Während Partisanen im alten zwischenstaatlichen Völkerrecht noch Verbrecher und Ruhestörer waren, sind in der Haager Landkriegsordnung von 1907 einige Erscheinungsformen irregulärer Kämpfer mit regulären Kombattanten rechtlich gleichgestellt worden. Dies bedeutete, dass ihre Kampfhandlungen nicht weiter als rechtswidrig galten und sie Anspruch auf besondere Behandlung seitens ihrer Feinde als Kriegsgefangene und Verwundete hatten. Die Bestimmungen der Haager Landkriegsordnung waren in die vier Genfer Konventionen von 1949 übernommen worden. Partisanen sind demnach mit regulären Kämpfern gleichzustellen, wenn sie ihre Waffen offen tragen, durch ein sicheres Zeichen eindeutig identifizierbar sind, wenn in der internen Organisation verantwortliche Vorgesetzte und eine nachvollziehbare Hierarchie existieren und wenn sie sich ihrerseits an die Regeln und Gebräuche des Kriegsrechts halten.

Die Wandlung des Begriffs

Für den Bedeutungswandel des Begriffs „Partisan“ sind vor allem die sozialistischen Berufsrevolutionäre verantwortlich. Während Marx und Engels den Schritt zum

Kommunismus noch gewaltfrei vollzogen sehen wollten, hatte Lenin das Potential des Partisanenkrieges für die sozialistische Weltrevolution schon entdeckt. In seinem Aufsatz „Der Partisanenkampf“ erläuterte er, wie der Partisanenkrieg für die Weltrevolution nutzbar zu machen sei. Mit der Einbeziehung des Partisanen in die Weltrevolution, veränderten sich gleichsam die Begriffe von Krieg und Feindschaft. Aus der konventionellen Feindschaft der zwischenstaatlichen Kriege hatte Lenin die Theorie der absoluten Feindschaft im revolutionären Krieg entwickelt. Diese absolute Feindschaft richtete sich gegen den Klassenfeind, den Bourgeois und das System in dem er lebt, die es überall auf der Welt zu vernichten galt – der besagte Weltfeind gegen den jedes Mittel recht ist. Der Partisan wandelte sich in der Theorie Lenins vom „Verteidiger von Haus und Hof“ zum „Vollstrecker einer absoluten Feindschaft“ in der Welt .

Ursprung und Ideologie der Partisanenbewegung in der Sowjetunion

Bei der Darstellung des Partisanenkrieges auf dem Osteuropäischen Kriegsschauplatz hat man davon auszugehen, dass die Teilnahme der Bevölkerung am Kampf gegen ausländische Invasoren in der russischen Geschichte vielfache Vorbilder hat. Vom Standpunkt marxistischer Militärgeschichtler war es geradezu eine Selbstverständlichkeit, dass nationale Unabhängigkeits- und Befreiungskriege nicht nur eine Sache der Armeen untereinander, sondern eine Sache des ganzen Volkes zu sein hätte. So entwarf schon Friedrich Engels in seinen Schriften das Bild eines totalen Krieges, „der keinen Unterschied mehr kennt zwischen Front und Hinterland, zwischen Kombattanten und Nichtkombattanten und in dem ...alle Mittel recht und die wirksamsten die besten sind“ (Boog/Förster 1983 37ff) . Der alle Lebensbereiche umfassende totale Aufstands- und Bürgerkrieg war in dieser Sicht auch die natürlichste Form des Kampfes der werktätigen Massen gegen ihre kapitalistischen Ausbeuter, und erst recht galt dies für eine Auseinandersetzung, in der sich „der erste sozialistische Staat der Welt“, die Sowjetunion, gegen ihre innen- und außenpolitischen Feinde zu behaupten hatte.

Partisanenkrieg in Südamerika - Die Zentralen Thesen

Der Partisanenkrieg ist unzählige Male in der Geschichte unter verschiedenen Bedingungen und zur Erreichung unterschiedlicher Ziele angewandt worden. In letzter Zeit ist er in verschiedenen Volksbefreiungskriegen benutzt worden, dort, wo die Avantgarde des Volkes den Weg des irregulären bewaffneten Kampfes gegen Feinde mit überlegenem militärischen Potential wählte. Asien, Afrika und Amerika sind Schauplatz dieser Aktionen gewesen, wenn

es sich darum handelte, die Macht zu erringen im Kampf gegen die feudale, neokoloniale oder koloniale Ausbeutung.

Die Partisanen sind die kämpferische Avantgarde des Volkes, an einem bestimmten Ort irgendeines Territoriums postiert, bewaffnet, bereit, eine Reihe militärischer Aktionen zu entfalten, die auf das einzig mögliche strategische Ziel hin gerichtet sind: die Eroberung der Macht. Sie werden unterstützt durch die Bauern- und Arbeitermassen des Gebiets und des ganzen betreffenden Territoriums. Ohne diese Voraussetzungen lässt sich nicht von Partisanenkrieg reden.

„In dem amerikanischen Bereich spricht man von den drei grundlegenden Lehren der Kubanischen Revolution für die technischen Grundlagen einer revolutionären Bewegung in Amerika:

- Die zentralen Thesen eines Partisanenkrieges -

1. Die Volkskräfte können einen Krieg gegen die Armee gewinnen.
2. Nicht immer muss man warten, bis alle Bedingungen für die Revolution gegeben sind; der aufständische Brennpunkt kann sie schaffen.
3. Im unterentwickelten Amerika müssen Schauplatz des bewaffneten Kampfes grundsätzlich die ländlichen Gebiete sein.“ (Guevara 1962 43ff)

Das sind die Lehren Kubas für die Entwicklung des revolutionären Kampfs in Amerika, und sie lassen sich auf jedes beliebige Land des südamerikanischen Kontinents anwenden, in dem ein Partisanenkrieg sich zu entwickeln beginnt.

Literatur:

- **Bayer** Erich/Wende Frank – 1995: Wörterbuch zur Geschichte, Regensburg: Alfred Kröner Verlag
- **Boog / Förster** u.a. - 1983: Der Angriff auf die Sowjetunion, in: Das Deutsche Reich und der zweite Weltkrieg, Bd. 4. Stuttgart.
- **Guevara**, Ernesto Che - 1962: La Guerra de Guerrillas. Der Partisanenkrieg. Berlin, Deutscher Militärverlag
- **Münkler** Herfried – 1990: „Die Gestalt des Partisanen. Herkunft und Zukunft“ in: Münkler Herfried (Hrsg.): Der Partisan. Theorie, Strategie, Gestalt., Opladen: Westdeutscher Verlag
- **Schmidt** Manfred – 1995: Wörterbuch zur Politik, Regensburg: Alfred Kröner Verlag

- **Schmitt** Carl – 1963: Theorie des Partisanen. Zwischenbemerkung zum Begriff des Politischen, Berlin: Duncker & Humblot

Von den SE-TeilnehmerInnen:

Sophie Lagoutte, Jana Hoffstädterova, Nikola Staritz, Farouk Farah Ahmed, Barbara Sturn, Katharina Ludwig, Nicole Zechner, Cornelia Liebhart, Robert Schittenhelm, Stefan Kern, Maria Kux, Judith Welz, Stefanie Klamuth, Lisa Mayr